

DIE AfD IST KEINE ALTERNATIVE FÜR RENTNER*INNEN:

In ihrem Bundesprogramm schreibt die AfD, dass sie das Renteneintrittsalter grundsätzlich an die Lebenserwartung der Menschen anpassen will. Da die Lebenserwartung zur Zeit ansteigt, würde dies bedeuten, dass die Menschen immer länger arbeiten müssten. Dies ist gerade in Berufen schwierig, die Körpereinsatz verlangen. Kindergärtner*innen, Altenpflegende, Paketaustragende, Straßenbauarbeitende, Malergesell*innen, Lagerlogistiker*innen und viele mehr können allein aus körperlichen Gründen oft nicht bis zu ihrem angedachten Renteneintrittsalter arbeiten. Auch heute ist schon zu beobachten, dass zahlreiche Menschen am Ende ihrer 50er Jahre arbeitslos werden, da sie viele Jahre schwerer körperlicher und psychischer Arbeit mit sich herum tragen, von chronifizierten verschleppten Krankheiten und Burnout mal zu schweigen.

Das Renteneintrittsalter zu erhöhen würde für die meisten von uns bedeuten, dass sie Abschlüsse bei ihrer (eh schon mageren) Rente in Kauf nehmen müssten, um mit 65 Jahren in Rente gehen zu können. Diese Forderung ist also keine, die den Angestellten und Arbeitenden zu Gute käme. Profitieren würden vor allem Sehr-Gut-Verdienende, die sich parallel auch jetzt schon privat absichern können, und natürlich die diversen Unternehmen, Firmen, Klitschen und Arbeitgeber*innen, denn die Menschen wären länger auf ihre Jobs angewiesen, um volle Rentenbezüge zu erhalten.

- * In den Texten verwenden wir einen Stern anstelle einer "maskulinen" oder "femininen" Endung eines Wortes. Es steht für alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten. Alle Menschen werden einbezogen, auch diejenigen, die sich nicht in das sozial konstruierte zweigeschlechtliche System aus „Mann“ und „Frau“ einordnen können oder wollen.

WARUM DIE AfD SCHEISSE IST...

- Eine Argumentationshilfe -

Die Partei "Alternative für Deutschland (AfD)" tritt bundesweit an, um Deutschland in ihrem Sinne zu verändern. Dabei versucht die Partei möglichst viel Aufmerksamkeit zu bekommen. Dies geschieht bundesweit, landesweit und auch auf lokaler Ebene, so auch ganz in deiner Nähe: Mal ist es eine Briefkastenaktion, eine "Bürgersprechstunde", eine parlamentarische Anfrage oder Rede oder eine angemeldete Kundgebung, mal eine Kurznachricht im Internet oder eine Pressemitteilung. Mit all dem versucht sich die "Alternative für Deutschland" als eine, wie sie selbst sagt, bürgernahe Partei darzustellen. Darauf haben wir aus verschiedenen Gründen, die wir in einigen Beispielen genauer darstellen wollen, gar keine Lust. Wir möchten zeigen, wie falsch diese Selbstdarstellung der AfD ist. Darüber hinaus treten wir an, den Profilierungsversuchen der Partei ihr eigenes unsolidarisches, hasserfülltes Bild entgegenzuhalten. Die AfD ist nicht einfach nur ein guter Aufhänger, um die eigene Unzufriedenheit mit den jeweiligen Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu äußern. Diese Partei tritt (laut ihrem Programm und den Äußerungen ihrer jeweiligen Vorstände auf Bundes-, Landes- und Kreisebene) an, um die Welt für sehr, wirklich sehr viele Menschen in diesem Land zu verschlechtern. Statistisch betrachtet bist auch du betroffen! Nur eine kleine Gruppe von Menschen würde von der Politik der AfD profitieren: erwerbstätige, sehr gut verdienende, weiße, seit Generationen deutsche und christliche, heterosexuelle Männer* ohne Behinderung. Und auch diese wenigen profitieren nur, insoweit ihnen egal ist, was in ihrer Umgebung (Eltern, Beziehungsperson, Freund*innen, Kolleg*innen) und gesamtgesellschaftlich vor sich geht oder massiv verstärkte Ungerechtigkeiten sogar begrüßen würden.

DIE AfD IST KEINE ALTERNATIVE FÜR FRAUEN*:

Grundsätzlich liegt der Kern der Frauenpolitik der AfD in ihrer rassistisch begründeten Angst vor dem Aussterben des deutschen Volkes bzw. des gebildeten, gut verdienenden Teils der deutschen Bevölkerung. Sie schreibt in ihrem Bundesprogramm von der Geburtenrate von Migrant*innen, Parallelgesellschaften und will es "insbesondere bildungsnahen, mittleren Einkommenschichten" ermöglichen "für eine große Familie zu sorgen". Die Familienpolitik der Partei (und in keinem anderen Zusammenhang ist das Leben von Frauen* relevant für die AfD) kreist also einzig und allein um eine bürgerliche, reiche, weiße, deutsche, heterosexuelle Beziehung mit mindestens drei Kindern.

Dazu zählt beispielsweise, dass die Partei das Recht der Frauen auf körperliche Selbstbestimmung einschränken möchte. Abtreibungen will sie maximal erschweren. Die Vorsitzende Frauke Petry hat schon mehrfach erwähnt, dass sie gern einen bundesweiten Volksentscheid zu dem Thema durchführen lassen möchte. Laut ihres Parteiprogramms möchte die AfD die Entscheidung einer Frau* für eine Abtreibung nicht zu einem Menschenrecht machen. Ihrer Meinung nach darf eine Frau* also nicht frei über ihren Körper verfügen. Dieses Recht käme nur den Männern* zu. Die Wurzel dieses Gedankens liegt in dem christlich-fundamentalistischen Glauben, dass schon bei der Vereinigung von Spermium und Eizelle eine Art "kleiner Mensch" entstünde. Jede_r Mensch der schon einmal ein aktuelles Biologiebuch gelesen hat, ist hier natürlich auf einem 2.000 Jahre aktuelleren Stand.

Aber nicht nur gegen Abtreibung, auch gegen Alleinerziehende stellt sich die AfD auf. Diese sind in Deutschland zu über 90% Frauen. Die AfD stellt die Lebensrealität dieser Menschen fundamental in Frage und gibt die Schuld für diese oftmals schwierige Situation den Frauen und Müttern. Diese würden ihr eigenes Glück über das Kindeswohl stellen. Das von der AfD favorisierte Modell sieht Familien aus Mutter-Vater und mindestens drei Kindern vor. Doch nur Kinder aus gebildetem Elternhaus sind der AfD erstrebenswert und förderungswert. Und so kreist das Bundesprogramm der Partei hauptsächlich um diese Familien. Alternative (Patchwork-) Familienmodelle, wie sie seit Jahrzehnten landauf landab anzutreffen sind werden nicht erwähnt, von Familien mit zwei Vätern oder zwei Müttern natürlich ganz zu schweigen.

DIE AfD IST KEINE ALTERNATIVE FÜR ANHÄNGER*INNEN DER FREIEN RELIGIONS AUSÜBUNG:

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ steht im Bundesparteiprogramm der AfD geschrieben. Die Begründung ist fadenscheinig: „weil er in Deutschland und in ganz Mitteleuropa keine Wurzeln hat. Unsere Kultur wurde vom Christentum geprägt; auf dem Christentum basieren unser Recht, unsere Traditionen und unser ganzes Gesellschaftssystem.“ Damit wird Glauben naturalisiert und bewertet. Obwohl alle Weltreligionen im Gegensatz zu den gemachten Aussagen große Gemeinsamkeiten wie die Erklärung der Welt durch ein höheres Wesen, strenge hierarchische und oft patriarchale Strukturen, sowie Skepsis bis Ablehnung der Evolutionstheorie haben. Weiterhin wird deutlich, dass die Partei eine „Islamisierung“ befürchtet und den „inneren Frieden“ in Gefahr sieht. Der Islam wird als minderwertige Religion und bewusst nicht auf einer Ebene mit dem Christentum dargestellt. Zum Einen bekennt sich die Partei zu einer "uneingeschränkten" Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Aber indem die AfD erklärt, der muslimische Glaube gehöre nicht zu Deutschland, schränkt sie ganz offenkundig die Glaubensfreiheit und die ungestörte Religionsfreiheit ein.

Auch in Brandenburg lassen sich islamfeindliche Haltungen und Handlungen beobachten. Im Herbst 2016 forderte die AfD im Brandenburger Landtag ein Verbot der Vollverschleierung muslimischer Frauen im öffentlichen Raum. Im September 2016 ging sie bei dem muslimischen Freitagsgebet in der Al-Farouk Moschee in Potsdam auf Stimmenfang. Weil die Menschen aus Platzmangel mit ihren Gebetsteppichen vor der Moschee beten mussten, stellte die AfD nur wenige Meter weiter einen Werbeposten auf und verteilte rassistische Handzettel, um deutlich zu machen, dass die Partei diese Form der Religionsausübung im öffentlichen Raum nicht toleriert. Im November 2016 forderte die AfD eine Anwohner*innenumfrage, als auf der Suche nach einem geeigneten Gemeindezentrum bzw. einem ausreichend großen Gebetsraum für Muslime in Potsdam ein leer stehender Supermarkt im Stadtteil Schlaatz in Frage kam. Diese Art von Abstimmung kann nicht toleriert werden. Die Ausübung der Religionsfreiheit ist Bestandteil der Grundrechte und darf somit nicht von dem Stimmungsbild der Anwohner*innen abhängig sein. Die AfD verweist immer wieder, dass sie sich für die Erhaltung des deutschen „Heimatlandes, für nationale und kulturelle Identität, klare Grenzen und eigene, nationalstaatliche Interessen“ einsetzen würde.